

Raiffeisenverband begrüßt Reform der Finanzverwaltung

Utl.: ÖRV-Generalsekretär Pangl fordert von EZB ein Ende der Stra fzinsen =

Wien (OTS) - Erfreut zeigt sich der Österreichische Raiffeisenverband (ÖRV) über die vom Finanzministerium geplante Neuorganisation der Finanzverwaltung. Nach diesem Konzept sollen an Stelle der 39 Finanzämter mit allgemeinem Aufgabenkreis und des Finanzamts für Gebühren, Verkehrssteuern und Glücksspiel das Finanzamt Österreich und das Finanzamt für Großbetriebe treten. Darüber hinaus sollen die neun Zollämter zu einem zusammengeführt werden und ein Amt für Betrugsbekämpfung geschaffen werden. Die Novelle soll raschere Erledigungen von Anträgen, ein besseres Service für die Steuerzahler und eine Entlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Finanzverwaltung bringen.

„Viele Finanzminister haben von dieser Reform nur gesprochen. Nunmehr wird eine umfassende Reform der Finanzverwaltung vorgeschlagen, die bürokratische Lasten abbauen und eine effizientere Arbeitsweise sicherstellen soll. Das begrüßen wir ausdrücklich“, sagte dazu der Generalsekretär des Österreichischen Raiffeisenverbandes, Andreas Pangl.

Gleichzeitig fordert der ÖRV angesichts der aktuellen Diskussionen von der EZB ein Ende der Stra fzinsen für die Einlagen von Banken bei den Notenbanken. Seit Juni 2014 müssen Banken für Einlagen, die sie bei den Notenbanken parken, 0,4 Prozent Stra fzinsen bezahlen. Mit dieser Maßnahme wollte die EZB die Kreditvergabe der Banken in der Eurozone ankurbeln. Mittlerweile zeigt sich, dass die Stra fzinsen europäische Banken mit mehreren Milliarden Euro jährlich belasten.

„Die EZB muss wieder einen Weg aus ihrem Krisenmodus herausfinden. Gerade Regionalbanken, die nicht auf den Kapitalmarkt ausweichen können, werden durch die Stra fzinsen besonders hart getroffen. Es ist höchst an der Zeit, dass die EZB ihre Politik der Stra fzinsen beendet“, betonte Johannes Rehulka, Geschäftsführer des Fachverbandes der Raiffeisenbanken.

In seiner Sitzung vergangenen Mittwoch hat der EZB-Gouverneursrat über seine weitere Zinspolitik beraten und entschieden, vorerst keine

Änderung bei den Strafzinsen und auch nicht bei den Leitzinsen vorzunehmen. Nach der Sitzung hatte EZB-Chef Draghi zumindest eingeräumt, dass die Notenbank die Strafzinsen und ihre Auswirkungen beobachte und man noch Zeit brauche, um sie und ihre Auswirkungen zu bewerten.

~

Rückfragehinweis:

Österreichischer Raiffeisenverband

Mag. Edith Unger

Tel.: +43 1 90664 2580

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/13195/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0038 2019-04-12/09:47

120947 Apr 19

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190412_OTS0038